

Alexei Miller
WAS TUN MIT DER
KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT?
Russland^{*}

Am Beginn von Leo Tolstois *Anna Karenina* findet sich die Bemerkung, dass alle glücklichen Familien auf ähnliche Weise glücklich seien, während alle unglücklichen in je besonderer Weise ins Unglück stürzten. Das gleiche gilt auch für Staaten und Nationen, und Russlands kommunistische Vergangenheit ist zweifellos etwas sehr Besonderes.

Das gilt in vielfältiger Hinsicht. Im Gegensatz zu Osteuropa etablierte sich das Sowjetregime in Russland nicht unter direktem ausländischem Einfluss. Es entstand zudem aus einer tiefen revolutionären Krise mit einem beispiellosen Maß an Massengewalt. Einzigartig ist auch die Dauer, mit der sich die russischen Kommunisten an der Macht hielten: siebenzig Jahre. Das Regime erlebte auch nicht, wie Deutschland, Japan oder Italien, eine entscheidende militärische Niederlage. Als sich die Sowjetherrschaft schließlich ihrem Ende zuneigte, war es zunächst das Establishment, das Reformen in Gang setzte. Der Untergang des Regimes fiel außerdem mit dem Zusammenbruch des Imperiums zusammen. Für einen Großteil der Bevölkerung schließlich waren die folgenden Jahre in ökonomischer und politischer Hinsicht zutiefst enttäuschend.

Einige dieser Merkmale sind schon für sich genommen einmalig, aber es ist besonders ihre einzigartige Kombination, die man im Auge behalten muss, wenn man die russische Gedächtnispolitik der letzten fünfzehn Jahren begreifen will. Ich möchte hier zunächst einen chronologischen Abriss geben, um die einzelnen Phasen in der politischen Entwicklung Russlands seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems und ihren Einfluss auf den Umgang mit der Vergangenheit allgemein zu skizzieren. Sodann

* Der Artikel geht auf einen Vortrag zurück, den der Autor auf der Konferenz »Totalitarism and Authoritarianism in Europe: Short- and long-term perspectives« gehalten hat, die im September 2000 in Warschau gemeinsam vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem Institut für Geschichte an der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde.

werde ich die heutige Situation in jenen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen, die sich mit der kommunistischen Vergangenheit auseinandersetzen, detaillierter analysieren.

I

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als die politische Initiative immer noch in den Händen eines Teils des kommunistischen Establishments lag, bestand die Strategie der Reformen um Gorbatschow darin, die alten kommunistischen Heiligen durch neue zu ersetzen, vor allem durch Nikolai Bucharin und Sergej Kirow. Es war die Fortsetzung der Politik der frühen Chruschtschow-Ära, die darauf zielte, die »sozialistische Wahl unserer Väter«, wie Gorbatschow gerne sagte, zu bewahren. Schützenhilfe sollten dabei die kommunistischen »Märtyrer« liefern. Diese neuen Heiligen waren dazu ausersehen, das »menschliche Antlitz« des Kommunismus zu repräsentieren, das Stalin und anderen Verrätern der »edlen Ideen der kommunistischen Revolution« zum Opfer gefallen war. Bücher von einigen linken westlichen Autoren wie z.B. Stephen F. Cohen¹ erwiesen sich bei der Verfolgung dieses Ziels als hilfreich. Diese Politik dominierte den öffentlichen Diskurs über die kommunistische Zeit bis 1989, als sich die Atmosphäre nach dem ersten Kongress der Volksdeputierten, der im Mai abgehalten und im Fernsehen übertragen wurde, drastisch änderte.

Die Argumente, die damals vorgetragen wurden, waren durchaus nicht neu. Sie waren schon lange, seit den 60er Jahren, von Mund zu Mund gegangen, oder, wie die Russen sagen, »Küchentradition«. Fremdenfeindliche Nationalisten versuchten, die Verantwortung für die kommunistischen Greuel zu externalisieren, indem sie vor allem die Juden, aber auch die Letten, Polen, den deutschen Generalstab unter Hitler und andere »fremde Mächte« für die Opfer und Verluste unter der russischen Bevölkerung während der kommunistischen Herrschaft verantwortlich machten. Am intelligentesten formulierte diese Argumentation der berühmte Mathematiker und Dissident Igor Schafarewitsch in einem Essay mit dem Titel »Russophobie«, der in der Monatszeitschrift *Nash Sovremennik* erschien.² Einige Ideologen dieses Schlags, wie Alexander Prohanow, Herausgeber der Zeitung *Zavtra*, fanden unter dem Banner des Chauvinismus bald zu einer gemeinsamen Linie mit den Kommunisten. Diese Tendenz war in den 90er Jahren immer präsent, blieb jedoch im öffentlichen Diskurs

eine Randposition. Das gilt trotz des offenkundigen Wiederauflebens der nationalistischen Stimmung auch für die letzten Jahre.

In den späten 80er Jahren kreiste der öffentliche Diskurs vor allem um den totalitären Charakter der kommunistischen Herrschaft. Ursprünglich bezog man sich vor allem auf George Orwell und Jewgenij Samjatin, nicht auf die theoretische Totalitarismuskritik. Der erste öffentliche wissenschaftliche Kongress über Totalitarismus fand 1989 in Moskau statt. In den folgenden vier bis fünf Jahren wurden fast alle bedeutenden Werke der klassischen Totalitarismuskritik, vor allem jene von Richard Pipes, Robert Conquest und Martin Malia, ins Russische übersetzt und viel gelesen.

Von 1989 bis 1991 wich die sozialistische Apologetik nach und nach der Kritik am Totalitarismus der Sowjetherrschaft. Mit dem August-Putsch 1991 schließlich setzte ein dramatischer Wandel ein: Der antikommunistische Diskurs gewann die Oberhand und wurde zur offiziellen Linie. Die Reformkommunisten verschwanden fast völlig in der Versenkung. Zurück blieben die orthodoxen Kommunisten als Haupttrivalen um die Macht.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre – besonders intensiv 1993 – warnte der offizielle Antikommunismus der Jelzin-Administration beständig vor einer unmittelbar drohenden erneuten Machtergreifung der Kommunisten. Ihren Höhepunkt erreichte die Beschwörung der kommunistischen Gefahr im Präsidentschaftswahlkampf 1996, wo sie zum wichtigsten ideologischen Instrument in der politischen Auseinandersetzung wurde.

Der russische Historiker Michail Gefter bemerkte in den späten 80er Jahren, dass »Stalin erst gestern gestorben« sei. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist jedoch zu beobachten, dass für eine beträchtliche Zahl von Russen die kommunistische Zeit in immer fernere Vergangenheit rückt. Die Gegnerschaft von Antikommunisten und Kommunisten verliert seither ihre Schlüsselrolle im politischen und ideologischen Kampf. Das Ende der Jelzin-Ära beförderte diesen Prozess noch zusätzlich. Für die Haltung gegenüber dem Problem der kommunistischen Vergangenheit könnte sich diese Entwicklung sowohl positiv wie auch negativ auswirken. In jedem Fall ist positiv zu bewerten, dass in Russland ein Freiraum für die intellektuelle Debatte entstanden ist. Das Bemühen, die Vergangenheit zu verstehen, wird heute nicht mehr völlig der Logik tagespolitischer Bedürfnisse untergeordnet und auch nicht allein von den – mehr als verständlichen – Gefühlen der Opfer bestimmt.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass von 1985 bis 1989 die öffent-

liche Sphäre weiterhin von den Reformkommunisten dominiert wurde. Von 1989 bis 1991 geriet dieser offizielle Reformkommunismus zunehmend unter Druck, durch einen fremdenfeindlichen Nationalismus einerseits und die kritische Auseinandersetzung mit dem totalitären Wesen des Kommunismus andererseits. 1991 wurde der Antikommunismus zur offiziellen Linie, um seit Mitte der 90er Jahre nach und nach an Bedeutung zu verlieren.

II

Wenden wir uns nun der Analyse der gegenwärtigen Situation in jenen Bereichen von Staat und Gesellschaft zu, wo die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit eine Rolle spielt. Das Problem, wie man mit dieser Vergangenheit umgehen soll, ist vielgestaltig. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört:

- Gerechtigkeit herzustellen, das heißt den Opfern Genugtuung widerfahren zu lassen und sie zu rehabilitieren und die Täter nach Möglichkeit zur Verantwortung zu ziehen;
- eine Rückkehr der Kommunisten an die Macht zu verhindern;
- den Ereignissen der kommunistischen Zeit einen Platz im geschichtlichen Selbstverständnis der Nation und eine Form symbolischer Repräsentation zu geben;
- Ausgleich und Versöhnung mit »fremden« Opfern zu suchen, sowohl auf staatlicher als auch auf individueller Ebene;
- die Sowjetzeit zu verstehen und wissenschaftlich zu analysieren; ihre Geschichte neu zu schreiben.

Jede dieser Aufgaben verdiente einen eigenen Aufsatz. Deshalb gebe ich hier nur einen allgemeinen Überblick und versuche zu erklären, warum sich die Dinge so und nicht anders entwickelt haben.

Gerechtigkeit

Das erste Problem ist die juristische Aufarbeitung der Sowjetzeit. Sie ist sehr selektiv und inkonsequent. Nur einige Initiativen wurden in die Tat umgesetzt. Dazu zählt die Rehabilitierung einiger Personen, die unter dem kommunistischen Regime zu Unrecht verurteilt wurden. Außerdem wurde den Gefangenen der Gulags der gleiche Status wie den Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager eingeräumt. Sie kamen

dadurch in den Genuss sehr beschränkter materieller Privilegien und wurden für konfisziertes Eigentum entschädigt. Sehr schwierig gestaltete sich die Rehabilitierung von Opfern des Terrors, die zuvor selbst auf der Seite der Täter gestanden hatten. In der Mehrzahl der Fälle wurden diese Menschen nicht für tatsächliche Verbrechen, sondern unter falschen Anschuldigungen verurteilt und ermordet. Aber heutige Gerichte haben es in einigen Fällen abgelehnt, sie zu rehabilitieren, und zwar vor allem aus politischen, nicht aus juristischen Gründen. Das jüngste Beispiel dafür war die Weigerung des Kollegiums des Obersten Gerichtshofs im Mai 2000, Berija zu rehabilitieren, der unter anderem angeklagt worden war, ein britischer Spion zu sein.

Gerechtigkeit in Form von Bestrafung der Täter gab es bislang nicht. Das lässt sich nicht mit dem Alter der wenigen noch lebenden stalinistischen Täter erklären: Viele weit jüngere Leute waren in der Breschnew-Ära an den Folterungen der Dissidenten in den Gefängnissen und psychiatrischen Krankenhäusern beteiligt. Wer die mangelnde Verfolgung der Täter in Russland kritisiert, sollte freilich in Erinnerung behalten, dass in allen postkommunistischen Ländern, ja selbst im wiedervereinigten Deutschland, die Zahl jener, die für Verbrechen unter dem kommunistischen Regime verurteilt wurden, sehr gering war. Den russischen Behörden gelang es nicht, einen einzigen Fall dieser Art exemplarisch aufzurollen. Die Gründe für dieses Scheitern sind vor allem politischer Natur.

Der Politik müsste in dieser Hinsicht aber besonderes Gewicht zukommen. Ein »Lustrationsgesetz« wurde nicht verabschiedet. Von 1991 bis 1992 wurden in begrenztem Umfang hochrangige KGB-Offiziere überprüft. Einige bekannte Menschenrechtsaktivisten, darunter Sergej Kowalew, saßen in der zuständigen Kommission. Ihre Arbeit erbrachte jedoch keine nennenswerten Ergebnisse. Die Geheimdienste waren in allen postkommunistischen Ländern eine Gefahr für die Demokratie, aber im Falle Russlands wurde nur wenig unternommen, um diese Bedrohung einzudämmen. Es wurden hierfür keine wirkungsvollen öffentlichen Kontrollinstrumente geschaffen. Tatsächlich geschah das Gegenteil: KGB-Offizieren im Ruhestand gelang es, Positionen in fast allen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen zu besetzen. In der öffentlichen Meinung gilt die ehemalige Zugehörigkeit zum KGB nicht als Makel. Ein Interview von Anatolij Chubajs mit der Wochenzeitung *Itogi* ist ein gutes Beispiel für die allgemeine Einstellung zur Wahl des ehemaligen Geheimdienstchefs Putin:

Chubajs: »Er [Putin] sagt, dass der Stalinkult damals [in den 70er Jahren] wenig bekannt und von geringer Bedeutung war, während für mich dieser Teil der Geschichte unseres Landes von entscheidender Bedeutung für das Verständnis dessen ist, was geschehen ist und bis heute mit uns geschieht.«

Itogi: Beunruhigt Sie diese unterschiedliche Einschätzung nicht? [Chubajs hatte zuvor von seinem Vertrauen in Putin und seiner Unterstützung für ihn gesprochen.]

Chubajs: Durchaus nicht! Es beunruhigt mich nicht, weil uns etwas Grundlegendes eint: die Verantwortung für das Land. Wir haben uns von unterschiedlichen Ausgangspunkten zu einer gemeinsamen Position bewegt.³

Noch aufschlussreicher für die Akzeptanz ehemaliger KGB-Offiziere als die Wahl Wladimir Putins scheint mir jedoch, dass Media-Most, die Holdinggesellschaft der wichtigsten und prowestlichen Medien im Land (darunter der heute allseits bekannte Kanal NTV), den General Filipp Bobkov einstellte. Bobkov hatte viele Jahre in der berüchtigten fünften Abteilung des KGB gearbeitet, die sich um die Dissidenten innerhalb des Landes kümmerte.

Dass die Geheimdienstler eine herausragende Rolle im postsowjetischen Leben spielen, war vielleicht unvermeidlich. Die Tatsache jedoch, dass die öffentliche Meinung bereit ist, dies nicht nur hinzunehmen, sondern gutzuheißen, ist das offensichtlichste Zeichen für das Scheitern im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Russland. Es ist weitgehend das Ergebnis der Korruption von Politik und Wirtschaft, die Russland in den 90er Jahren erlebte. Eine der zentralen Fragen der künftigen Politik in Russland ist, bis zu welchem Grad der Wunsch nach Ordnung die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht lähmen wird.⁴

Anfang der 90er Jahre scheiterte ein unglücklicher Versuch symbolischer Vergangenheitsbewältigung auf juristischem Gebiet, als Präsident Jelzin beim Verfassungsgericht den Antrag stellte, die Kommunistische Partei zu verbieten. Dass er damit eine Niederlage erlitt, wird gewöhnlich damit erklärt, dass seine Vertreter schlecht vorbereitet und nicht ausreichend qualifiziert gewesen seien. Tatsächlich war das ganze Konzept juristischer Unsinn, denn es zielte darauf ab, der Ideologie den Prozess zu machen. Es erwies sich als unmöglich, irgend jemanden vor Gericht zu stellen, nicht einmal die Mitglieder des Politbüros – schließlich war Präsident Jelzin ja selbst Kandidat dieses Gremiums gewesen. Die Forderung, dem Kommunismus den Prozess zu machen und »einen neuen Nürnberger Prozess gegen den Kommunismus« zu organisieren, lebt immer wieder auf, nicht nur in Russland, sondern auch im Westen.⁵ Solchen Vorschlägen fehlt

jedoch die juristische Grundlage.⁶ Das schließt indes, wie ich nachdrücklich betonen möchte, keinesfalls die Möglichkeit und Notwendigkeit einer moralischen Verurteilung der kommunistischen Gewaltherrschaft aus.

Symbolik

Der Staatsstreich von 1991 führte zu einem dramatischen Wandel besonders auf der symbolischen Ebene. Über Nacht wechselte das Land seine Farben von Rot zur weiß-blau-roten Trikolore. Einige der berühmtesten Denkmäler wurden gestürzt. Aber sehr bald wurde klar, dass die öffentliche Meinung und das politische Establishment nicht in der Lage waren, einen Konsens über neue politische Symbole zu finden. Das von den Kommunisten beherrschte Parlament erkannte die Staatshymne und das Wappen offiziell nicht an. Jelzin verfügte nie über die Macht, das Lenin-Mausoleum zu schließen, das zentrale Symbol des Kommunismus. Nach 1991 hat er die offizielle Tribüne der Sowjetführung auf dem Mausoleum nicht mehr betreten und verfolgte die Paraden auf dem Roten Platz von einer provisorischen Tribüne aus.

Lenin-Denkmäler und Gedenkstätten überlebten in zahlreichen Städten, wurden aber aus vielen offiziellen Zeremonien und Tourismusprogrammen gestrichen. Als ich letzten Sommer an einer Stadtführung durch Kasan teilnahm und wir an der Universität vorbeikamen, war ich überrascht, dass die Fremdenführerin nicht einmal die Tatsache erwähnte, dass Lenin dort studiert hatte. Als ich nachfragte, erklärt mir die ältere Dame, dass sich das Programm geändert habe: »Früher machten wir hier mindestens eine halbe Stunde Halt, um alle Geschichten aus Lenins Studentenjahren zu erzählen.« Selbst in Uljanowsk, das während der Sowjetzeit als Ganzes in eine Lenin-Gedenkstadt umgewandelt worden war, bietet man heute Ausflüge zu den Ruinen eines Adelssitzes aus dem 19. Jahrhundert an, der dem Dekabristen Iwaschew gehört hatte, und zu einem im Bau befindlichen Kloster, nicht aber zum riesigen Lenin-Museum, das die Stadt dominiert und als höchst repräsentatives Monument der Zeit tatsächlich sehenswert ist. So wurden die sowjetischen Symbole für einen großen Teil der Bevölkerung marginalisiert. Die einzige Ausnahme ist der Tag des Sieges über Nazi-Deutschland am 9. Mai. Er bleibt der wichtigste patriotische Feiertag.

Erst kürzlich hat Putin einen Kompromiss mit dem neu gewählten Parlament über die Staatssymbole ausgehandelt. Als Symbole werden das

alte moskowitzische Wappen (der doppelköpfige Adler), die russische Flagge der imperialen Zeit (die weiß-blau-rote Trikolore) und – zum tiefen Bedauern der Intellektuellen und zur Freude der Mehrheit der übrigen Bevölkerung – die sowjetische Nationalhymne mit neuen Worten übernommen. Putin erklärte dazu, dass alle Phasen der russischen Geschichte ihre »schwarzen« Seiten hätten, dass sie aber dennoch alle in den Staatssymbolen repräsentiert sein sollten.

Gleichzeitig erwies sich der neue Staat als unfähig, neue Symbole zu schaffen, um der Opfer des Sowjetregimes zu gedenken und eine Aussöhnung mit ihnen zu suchen. Denkmäler, die in den 90er Jahren für die Opfer errichtet wurden, werden kaum in das offizielle bzw. öffentliche Gedenken inkorporiert. Auch das Begräbnis der Romanow-Familie wurde eher zu einem Streitfall als zu einer symbolischen Handlung. Der Präsident zögerte bis zum allerletzten Moment, daran teilzunehmen, während der Patriarch eine Teilnahme ganz ablehnte.

Die Feier der Oktoberrevolution von 1917 wurde offiziell in einen Tag der Versöhnung und Einheit umgewandelt. Der Mangel an feierlichen Akten und Zeremonien zu diesem Anlass war bemerkenswert. Noch 1999 erbrachte die Frage nach dem offiziellen Status des 7. November die folgenden Antworten: 35% der Befragten glaubten immer noch, dass es sich um den Jahrestag der Großen Oktoberrevolution handele; 14% kannten seinen wahren Status; 5% glaubten, es handele sich um einen Gedenktag für die Opfer der Revolution, während 43% die Frage überhaupt nicht beantworten konnten.⁷ Die 43% sind der repräsentativste Anteil der Gesellschaft; sie teilen zur Zeit das schmerzliche Gefühl, aller positiven Symbole beraubt zu sein.

Die anderen Opfer

Ein anderer wichtiger Aspekt des Problems betrifft die internationalen Beziehungen. Es sollte erwähnt werden, dass erst aufgrund der Auflösung der Sowjetunion 1991 viele Fragen der historischen Aufarbeitung der Sowjetzeit einen »internationalen« Charakter annahmen. Allgemein besteht die Position der russischen Regierung darin, die Verantwortung für die Taten des Sowjetregimes abzulehnen, mit der Begründung, schließlich seien auch die Russen Opfer gewesen. Gleichzeitig leugnet die Regierung das geschehene Unrecht nicht und verurteilt es. Wenn die jeweils andere Seite an einer Normalisierung und Annäherung interessiert ist, gibt es, wie

die Beispiele Ungarn, Tschechische Republik und Polen belegen, eine tragfähige Grundlage für Versöhnung. Dokumente über Katyn, über die Invasionen in Ungarn 1956 und in die Tschechoslowakei 1968 wurden öffentlich zugänglich gemacht, den jeweiligen Regierungen wurden Kopien übergeben. Viele Bücher, einige Artikel und Fernseh-Dokumentationen haben auch der russischen Öffentlichkeit die Wahrheit über die historischen Ereignisse vermittelt. Aber auf Regierungsebene sah man eine solche Anerkennung des begangenen Unrechts als einmaligen Akt an, nicht als einen Prozess. So nahm zum Beispiel kein russischer Spitzenpolitiker je zusammen mit den Polen an der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer von Katyn teil. Wenn die Russen an solchen Zeremonien überhaupt teilnahmen, dann machten sie dies vom jeweiligen Stand der politischen Beziehungen abhängig, verstanden ihre Beteiligung also nicht als Akt der Reue. Dass der Außenminister Iwanow während seiner Warschaureise im November 2000 die Gedenkstätte für die Opfer von Katyn besuchte, deutet allerdings auf eine Veränderungen dieser Politik hin.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Situation noch verwickelter. Die Verantwortung des Sowjetregimes für den Demozid in Kasachstan und in der Ukraine wird nicht geleugnet; man weigert sich jedoch, diese Ereignisse als einen vom russischen Zentrum gegen unterdrückte ethnische Gruppen organisierten Völkermord zu sehen. Unter den Nationen Ost- und Osteuropas fehlte bis vor kurzem nur im russischen Denken das Bewusstsein ethnischer Diskriminierung. Die Russen sahen sich immer als Opfer des Staates, betrachteten diesen Staat aber nicht unter ethnischen Gesichtspunkten. Die russische Öffentlichkeit war daher schlecht darauf vorbereitet, sich mit der Mentalität kleiner und bedrohter Nationen auseinanderzusetzen und die Gefühle ihrer Nachbarn zu verstehen. Gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass solche Gefühle und Mentalitäten, entstanden aus traumatischen Erfahrungen mit den russischen Nachbarn, selten ausgewogen und frei von Phobien sind.

Ein besonderer Fall sind die Beziehungen zu den baltischen Republiken. Der Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion, der im Mai 1989 begann, brachte den Wendepunkt in der offiziellen Position zum Hitler-Stalin-Pakt. Eine Kommission unter Jakowlew, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, wurde eingesetzt, um den Pakt zu prüfen und zu beurteilen. Obwohl die geheimen Zusatzprotokolle angeblich immer noch nicht »gefunden« worden waren, verabschiedete der zweite Kongress der Volks-

deputierten am 24. Dezember 1989 eine Erklärung, in der die Existenz der Geheimprotokolle zugegeben und verurteilt wurde.⁸ Aber erst am 29. Oktober 1992, nach Auflösung der UdSSR, wurden die Originale der geheimen Zusatzprotokolle endlich in Moskau veröffentlicht. Obwohl sie den völkerrechtswidrigen Charakter der Protokolle anerkennt, räumt die Russische Föderation nicht ein, dass die baltischen Länder durch die Sowjetunion besetzt wurden. Wie der Brief des stellvertretenden russischen Außenministers Awdejew vom Dezember 1997 an den Vizesprecher der Staatsduma Baburin erklärte, hat der »Streit um die bewaffnete Invasion der baltischen Territorien und die sich anschließende Okkupation keine hinreichende Grundlage, da die administrativen Funktionen von nationalen Akteuren ausgeführt wurden«⁹. Man weigerte sich wohl deshalb, das Wort »Besatzung« zu akzeptieren, weil der Status der ehemaligen Sowjetbürger, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die baltischen Republiken zogen, noch ungeklärt war. In Lettland und Estland wollen manche Politiker den russischstämmigen Einwohnern das Staatsbürgerrecht verweigern, weil sie sie eben genau als »Besatzer« definieren. Diese Situation beweist erneut, dass gegenwärtig eine für beide Seiten akzeptable Bewertung der Vergangenheit von guten politischen Beziehungen abhängig ist, nicht umgekehrt.

Eine individuelle Entschädigung von ausländischen Opfern der Sowjet Herrschaft wurde nie ernsthaft erwogen. Angesichts der materiellen Lage der russischen Bevölkerung und des Scheiterns des Staates, seine elementaren sozialen Verpflichtungen zu erfüllen, würde die Regierung auch keinerlei Verständnis dafür finden, selbst wenn sie es versuchte.

Geschichtsschreibung

Kommen wir schließlich zur Geschichtsschreibung. Was hier in den letzten zehn Jahren erreicht wurde, ist beachtlich, besonders wenn man die verzweifelte materielle Lage der Wissenschaftler in Russland im allgemeinen und besonders der Historiker während dieser Zeit bedenkt. Außerordentliches wurde bei der Veröffentlichung von Quellen geleistet. Eine gewaltige Zahl von Dokumenten aus sowjetischen Geheimarchiven wurde in Büchern und Zeitschriften veröffentlicht. Gegenwärtig laufen mehrere Programme (an denen westliche Forscher beteiligt sind und die finanziell aus westlichen Quellen unterstützt werden) zur Veröffentlichung von Dokumenten und Archivkatalogen bzw. zu ihrer Speicherung auf Mikrofilm.

Gleichzeitig bleibt der Zugang zu mehreren Sammlungen, darunter das Präsidialarchiv, sehr begrenzt und selektiv. In den letzten beiden Jahren trafen Archivbedienstete häufiger willkürliche Entscheidungen über den Zugang von Forschern zu bestimmten Dokumenten. Es ist kaum abzuschätzen, bis zu welchem Grad sich diese Praxis Anweisungen von oben oder der traditionellen Gewohnheit russischer Beamter verdankt, den eigenen Verfügungsbereich zu »privatisieren«. Es gibt beides, und ein Gesetz, das den Zugang zu Archivmaterial regelt, wäre dringend erforderlich.

Auch im Hinblick auf die Entwicklung von Konzepten und methodologischen Ansätzen waren diese Jahre sehr fruchtbar, besonders, wenn man sich daran erinnert, wie sehr noch in den späten 80er Jahren das klassische Schema des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (b)« vorherrschte – in der offiziellen Geschichtsschreibung ebenso wie im inoffiziellen Gegendiskurs. Seit den frühen 90er Jahren orientierte sich die Mehrzahl der russischen Historiker in ihrem methodischen Ansatz am Konzept des Totalitarismus. Bis jetzt bleibt dieser Ansatz in den Lehrbüchern und Schulen beherrschend.

Doch seit Mitte der 90er Jahre erscheint vielen Forschern der Totalitarismus-Ansatz nicht mehr ergiebig genug. Der *social turn* der »Revisionisten« und ihre Hinwendung zur Archivforschung hat eine wachsende Anhängerschaft gewonnen. Zahlreiche Artikel und Bücher, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erschienen sind, belegen, dass die russischen Historiker inzwischen in der Lage sind, eine eigenständige Forschungsagenda zu formulieren und originelle theoretische Konzepte zu entwickeln.¹⁰ Zu einem zentralen Forschungsthema wurde die Rolle der Massen bei den Geschehnissen von 1917 bis in die 30er Jahre. Ebenso beschäftigte man sich mit der Schätzung der Opferzahlen auf der Grundlage neuen Archivmaterials und mit der Analyse von Entscheidungsprozessen in der Spitze der Sowjethierarchie (die häufig ein passives Reaktionsmuster zeigen). Ebenfalls wichtig waren Versuche, eine breitere komparative Basis zu erschließen und nicht nur das nationalsozialistische Regime, sondern auch verschiedene Revolutionen und religiöse Bewegungen in die Analyse einzubeziehen.

Diese neuen Fragestellungen haben unvermeidliche politische und moralische Implikationen. Es ist richtig, dass einige Versuche der Historisierung der Sowjetzeit dem Motiv entsprangen, das Problem der moralischen Verantwortung beiseite zu schieben. Gleichzeitig stießen die Versuche

einiger energischer Verfechter des Totalitarismus-Ansatzes, den »revisionistischen« Autoren eine Rechtfertigung der kommunistischen Verbrechen vorzuwerfen, in der Historikerzunft auf einhellige Ablehnung.¹¹ Tatsächlich werfen die (seriösen) »revisionistischen« Interpretationen weit schmerzhaftere und schwierigere Fragen der moralischen Verantwortung auf, insofern sie sich anders als die Totalitarismus-Forschung weigern, allein das kommunistische Regime für das verantwortlich zu machen, was in der sowjetischen Zeit geschah.

Der Weg, den die Historiker im letzten Jahrzehnt eingeschlagen haben, lässt sich anhand von zwei bekannten Filmen illustrieren. *Pokajanije* (»Reue«) von Tengis Abuladse markierte den Anfang der Perestroika. Der Film beschäftigt sich mit dem Thema Geschichte auf einer romantischen Ebene und konzentriert sich auf die Figur des Diktators. Er war ein großer Kassenerfolg. Alexei German dagegen behandelt in seinem jüngsten Film *Khrustalev, mashinu!* das Thema in vollkommen anderer Weise. Er erzählt von den »gewöhnlichen« Leuten, von den kriminellen Häftlingen, die andere Gefangene foltern, und von einer Straßengang von Teenagern und deren spontaner Aggression und Grausamkeit. Der Regisseur weigert sich, die Schuld einzig dem Regime zuzuschreiben und fragt, bis zu welchem Grad Teile der Bevölkerung aktiv an der Produktion des Alptraums beteiligt waren. Stalin und Beria erscheinen hier als alt, schwach und hässlich. Das ist kein Versuch, der Frage nach der Verantwortung auszuweichen, sondern ein Weg, sie allgemeiner und komplexer, anspruchsvoller zu stellen. Der Film ist ein Meisterwerk, gelangte aber nie über die Programmkinos hinaus, wurde also nur von einer sehr begrenzten Zahl von Menschen gesehen. Die Jury von Cannes verlieh Abuladse einen Preis, Alexei Germans komplexe Filmsprache hingegen wurde nicht honoriert.

*

Das Problem des Umgangs mit der kommunistischen Vergangenheit rückt heute langsam aus dem Zentrum der öffentlichen Diskussion und wird zum Gegenstand tiefergehender und komplexerer intellektueller Reflexion. Die Produkte dieser Reflexion, Bücher, Filme etc., wenden sich an die Elite. Diese Arbeiten stellen, so ist zu hoffen, den Beginn eines neuen Verständnisses der kommunistischen Vergangenheit dar, das nach und nach vielleicht seinen Weg in die breite Öffentlichkeit finden wird.

Aus dem Gesagten lassen sich zwei Schlüsse ziehen. In allen hier angesprochenen Bereichen erfolgte die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit nur teilweise. Viele Probleme müssen noch angegangen werden, und es wäre in dieser Hinsicht optimistisch zu behaupten, dass sich Russland vom Kommunismus befreit hat. Doch stellt man andererseits den Zustand der Gesellschaft zu Beginn der Perestroika und die schwierige Wegstrecke bis heute in Rechnung, ist das Ergebnis nur logisch. Moralische Gebote wurden häufig unmittelbaren politischen Interessen geopfert, einige der schmerzhaftesten Themen hat man der nächsten Generation überlassen. Dennoch wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Es sind keine Wunder geschehen; aber hätte mir jemand vor zwanzig Jahren das Russland des Jahres 2001 beschrieben, wäre es mir wie ein Wunder vorgekommen.

Aus dem Englischen von Andreas Simon

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. sein Buch *Bukharin and the Bolshevik Revolution: A Political Biography, 1888-1938*, Oxford UP 1980.
- 2 Nr. 6, 1989.
- 3 *Itogi*, Nr. 13, 30. März 2000.
- 4 Nach einer ROMIR-Meinungsumfrage von Anfang Juni 2000 unterstützen 37,7% die wachsende Beteiligung von Mitgliedern des Geheimdienstes und der Armee an der Administration; vgl. *Kommersant-Vlast'*, Nr. 23, 13. Juni 2000, S. 13.
- 5 Siehe die Diskussionen über das *Schwarzbuch des Kommunismus*, insbesondere in Frankreich.
- 6 Vgl. A. Donde, »Das Projekt eines Prozesses gegen den Kommunismus als eine Variante historischer Reflexion und als ein Faktum des sozialen Lebens« (russ.), in: *Russische Zeitschrift für Geschichte*, Bd. 1, 1999, S. 369-428.
- 7 Meinungsumfrage von VCIOM von Ende Oktober 1999 (1600 Befragte).
- 8 Vgl. *Pravda*, 24. und 28. Dezember 1989; siehe auch den Artikel des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Kowalew, der die Existenz der Protokolle bestätigte (*Iswestija*, 27. Dezember 1989).
- 9 D. Nadzhaffov, »Sovetsko-Germanskii pakt 1939 goda: pereosmyslenje podhodov k ego otsenke«, in: *Voprosy Istorii*, 1/1999, S. 160.
- 10 Siehe zum Beispiel S. Pavluchenkov, *Vojennyj Kommunizm v Rossii: vlast' i massy*, Moskau 1997; V. Buldakov, *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revolutsyonnogo nasilija*, Moskau 1997.
- 11 Die letzte Diskussion über die »Totalitarismus-Schule« und den sog. Revisionismus fand 1998 und 1999 in der Zeitschrift *Otechestvennaja Istoria* statt, die das wichtigste Forum für die Erforschung der Sowjetzeit bleibt. Sie wurde von I.V. Pavlova ins Leben gerufen. Pavlova vertritt die Auffassung, dass das »Konzept des Totalitarismus das angemessenste Instrument zum Verständnis der Sowjetzeit« bleibe und wirft den Revisionisten vor, die Verantwortung

des kommunistischen Regimes nach Möglichkeit zu mindern (vgl. I.V. Pavlova, »Sovremennye zapadnyje istoriki o stalinskoj Rossii 30-h godov (kritika »revizionistskogo« podhoda)«, in: *Otechestvennaja Istoria*, Nr. 5, 1998). Ihr Aufsatz wurde von vielen Historikern stark kritisiert; sie hielten ihr die Auffassung entgegen, Verstehen und nicht moralisches Urteil sei die Hauptaufgabe der Forschung (vgl. »I snova ob istorikakh-revizionistakh«, in: *Otechestvennaja Istoria*, Nr. 3, 1999).